

Die Verhandlungen mit Polen.

In seiner letzten Reichstagsrede hat Dr. Stresemann auch sehr ausführlich über die Notwendigkeit des Abschlusses der Verhandlungen mit Polen gesprochen: „Ein Handelsvertrag ist nicht ein Geschenk, das ein Staat dem anderen gibt.“ Mit diesen Worten legte der Reichsaußenminister nur dar, daß auch der Abschluß eines sogenannten „kleinen Handelsvertrages“ den Interessen Polens genau so dienen wird, wie er auch die Interessen der deutschen Wirtschaft und somit des gesamten deutschen Volkes befriedigt. Der Reichsaußenminister verkennt durchaus nicht die Schwierigkeiten, die sich einer glücklichen Beendigung der augenblicklich noch tagenden Verhandlungen entgegenstellen. Diese Bemühungen um eine wirtschaftliche Verständigung mit Polen bezeichnet Dr. Stresemann als einen „Leidensweg“, als einen Leidensweg, den wir jetzt schon seit zwei Jahren gehen und der immer noch nicht zum Ziele geführt hat. Aber wir haben ein Bedürfnis, mit unsem Nachbarländern im Westen und auch im Osten in Frieden und Einvernehmen zu leben. Dieses Bedürfnis ist die Ursache unserer Initiative, die uns gestellte Aufgabe dennoch zu lösen, wenn auch immer und immer wieder neue Schwierigkeiten und neue Hemmnisse dem Abschluß sich entgegenstellen. Die Beziehungen Deutschlands zu Polen werden von zwei Momenten einer großen Belastung ausgeht. Da ist zunächst der polnisch-litauische Konflikt, ein Streitfall, der keineswegs auf diese beiden Staaten lokalisiert bleibt, ein Streitfall, der sowohl die außenpolitischen Interessen Russlands, als auch in einem vielleicht noch erhöhten Maße die Notwendigkeiten einer deutschen Ostpolitik auf sich zu ziehen berührt. Das Deutschland unbedingt auf die volle Wahrung der litauischen Selbständigkeit bestehen muß, ist eine Selbstverständlichkeit, die sich aus der unläugbaren geographischen Abtrennung Ostpreußens vom Mutterlande ergibt. Diese Selbstverständlichkeit basiert somit nur auf einer Lebensnotwendigkeit Ostpreußens, damit auch auf einer Lebensnotwendigkeit der deutschen Gesamtheit, die mit Ostpreußen unüberbrückbar verbunden ist. Was schließlich zu Polens hat, daß diese Einstellung Deutschlands zu Litauen nicht das Geringste mit der Einstellung der deutschen Ostpolitik dem polnischen Nachbar gegenüber zu tun hat. Die Stellungnahme Dr. Stresemanns bei den letzten Verhandlungen in Genf hätte die Warschauer Regierung davon überzeugen müssen, daß Deutschland keineswegs gelassen ist, irgendwie in den litauisch-polnischen Konflikt einzugreifen, solange durch diesen Konflikt nicht vitale Interessen Deutschlands in Mitleidenschaft gezogen werden. Da der Vertreter Polens in Genf als Ansicht seiner Regierung offiziell zum Ausdruck brachte, daß es nicht im Sinne Warschaws liegt, die Souveränität oder die Selbständigkeit Litauens anzutasten, so kann auch Warschau es nicht als einen „unfreundlichen Akt“ bezeichnen, wenn Deutschland durch einen wirtschaftlichen Abschluß versucht, nicht nur seinen eigenen Interessen, sondern auch den Notwendigkeiten einer Wahrung der litauischen Selbständigkeit hilfreich beizutreten. Bei einem einigermaßen guten Willen werden die Herren in Warschau schließlich auch einsehen müssen, daß Verhandlungen, wie sie jüngst in Berlin zwischen Wolbromars und Dr. Stresemann stattfanden, nur dem deutschen Bedürfnis entsprechen, „mit den Nachbarländern im Westen und Osten in Frieden und Einvernehmen zu leben“, daß sie somit keine Spitze gegen Polen enthalten, somit auch keineswegs als Ursache und Wirkung einer Erschwerung der Bemühungen Deutschlands, auch mit Polen sich zu verständigen, umgedeutet werden können. Wie Deutschland in der Weltfrage eine Verständigung mit Litauen erzielen, so erzieht es aus einer ganz ähnlichen Einstellung heraus gleichfalls die Ermöglichung eines Modus vivendi mit Polen. Diesen Modus vivendi zu schaffen, ist der letzte Zweck und Sinn der Verhandlungen mit Warschau, die seit zwei Jahren andauern, und wie Dr. Stresemann sie kennzeichnete, einen „Leidensweg“ darstellen.

Die Beziehungen Deutschlands zu Polen erhalten ihr zweites bedeutsames Moment durch wirtschaftliche Differenzen. Die Rechnungsunterschiede zwischen Berlin und Warschau auf diesem Gebiete sind so bekannt, daß es sich erübrigt, sie näher darzulegen. Als Beweis dafür, daß die Reichsregierung durchaus gewillt ist, der schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft auch bei den Bemühungen um einen Modus vivendi mit Polen Rechnung zu tragen, vorgegenwärtig man sich, daß die augenblicklichen Verhandlungen nur auf den Abschluß eines sogenannten kleinen Handelsvertrages hinstellen. Zwischen Dr. Stresemann und dem Vertreter Polens, Herrn Jadowicki, sind noch vor der Eröffnung der offiziellen Verhandlungen mit Polen Abmachungen getroffen worden, die das Ausmaß der deutschen Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiete niederlegen. Wie Dr. Stresemann jüngst im Reichstag ausführte, ist bei diesen Abmachungen von deutscher Seite auf die Schwierigkeiten der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft Ostpreußens, besondere Rücksicht genommen worden. Diese Abmachungen haben, wie der Reichsaußenminister weiterhin ausführte, die einstimmige Billigung sämtlicher Mitglieder des Reichskabinetts, also auch mit Einschluß der deutschnationalen Minister, gefunden. Somit dürfte die deutsche Landwirtschaft ihr Vertrauen auf die Vorsorge der deutschnationalen Regierungsmittglieder auch auf die Beschlüsse ausdehnen, die das Reichskabinet mit ausdrücklicher Billigung der Deutschnationalen gefaßt hat. In der letzten Zeit sind die Verhandlungen mit Polen etwas ins Stocken geraten. Ueber verschiedene, nicht unwichtige Punkte liegen sich bis jetzt keine Verständigungsmöglichkeiten finden, ein verzögernder Umstand, der noch verstärkt wurde durch die letzte polnische Grenzverordnung, die in ihrem Sinne die fundamentalen Begriffe des Niederlassungsrechts außer Acht läßt. Das polnische Außenministerium hat auf die deutschen Vorstellungen hin erklärt, daß diese Grenzverordnung von untergeordneten Organen des Innenministeriums erlassen sei, und zwar ohne Wissen des polnischen Außenministers. Auch dieses Ereignis ist ein Beweis für den großen Schwere in den Kompetenzberechtigungen der polnischen Behörden. Man weiß heute wirklich nicht, wer im Augenblick Herr in Polen ist: Herr Pilsudski oder Herr Jaleski, oder der Wojwode von Oberschlesien. Alle treiben sie eine Politik Deutschlands gegenüber, die uneinheitsvoll ist und voller Widersprüche. Doch angesichts solcher Zustände in Polen Vertragsverhandlungen zur Schaffung eines Modus vivendi nicht vorwärtskommen können, verheißt sich von selbst.

Arabischer Bruderkrieg.

Paris. (Telunion.) Wie Havas aus Basora meldet, fielen am letzten Freitag 400 Mann starke Wababiten-Truppen in das Gebiet von Korweit ein. Die Angreifer töteten zahlreiche Bewohner und bemächtigten sich einer großen Anzahl von Kamelen, Viehherden und anderer Güter. Die unter englischer Führung stehenden Truppen des Korweit-Gebietes wurden mit etwa 30 Automobilen zur Verfolgung aufgeboten. Auf beiden Seiten waren die Verluste groß. Schließlich wurden die Wababiten in die Flucht geschlagen.

Fortsetzung der außenpolitischen Debatte.

Scharfer Konflikt innerhalb der Regierungsparteien.

vda. Berlin, am 31. Januar.

Bei der Eröffnung der Sitzung teilt Präsident Loh mit, daß dem Reichstag nunmehr das Urteil des Staatsgerichtshofs in der Angelegenheit des preussischen Anspruchs auf den Balken im Reichsbahnverwaltungsrat mit einer Erläuterung des Reichskanzlers zugegangen sei.

Etat des Auswärtigen Amtes

wird fortgesetzt.

Abg. Illigla (Zentr.)

befähigt sich zunächst mit der gestrigen Rede des deutschnationalen Abg. v. Freitagshorngoven und erklärt dazu: Die Kritik der Außenpolitik in dieser Rede ist im Ausmaß und in der Form nicht vereinbar mit der Zugehörigkeit zur Regierungskoalition. Welchen Eindruck muß solche Kritik auf die Staaten machen, mit denen wir Verträge abgeschlossen haben und mit denen wir zusammen im Völkerbund sitzen? (Hört! Hört! links und in der Mitte). Ihr Verhalten, Herr v. Freitagshorngoven, ist geeignet, uns um jeden politischen Kredit im In- und Auslande zu bringen (große Bewegung, kühnliche Zustimmung links und in der Mitte). Es bedeutet eine glatte Desavouierung der Politik des Außenministers (lebhafteste Zustimmung im Zentrum, Hört! Hört! links). Wie steht es angesichts einer solchen Neuerung eines Koalitionsmittgliedes unter Minister da vor den Staaten, vor denen er die Regierungspolitik vertritt? Vor allem aber muß ich den deutschnationalen Redner fragen: Wie bringen Sie Ihre Neuerungen in Einklang mit den Richtlinien, auf die sich bei der Bildung des jetzigen Kabinetts Ihre Fraktion ausdrücklich verpflichtet hat? (Zehr laut links und im Zentrum.)

Unter lauten Hört!-Hört!-Rufen verliert der Redner an den Richtlinien die Stellen, in denen sich alle Regierungsparteien zum Festhalten an der Locarno-Politik verpflichten. Er fährt dann fort: Da Abg. v. Freitagshorngoven als offizieller Vertreter seiner Fraktion gesprochen hat, ergibt sich für die deutschnationalen Fraktionen die Notwendigkeit einer Erklärung, ob ihre Auffassung mit den Neuerungen dieses Redners übereinstimmt. Ich kann das Bekremden darüber nicht unterdrücken, daß die deutschnationalen Fraktionen, die Herrn v. Freitagshorngoven besser kennen muß als wir (Seitens links), ihn als Redner vorsehzt hat. Er hat auch bei seinen Fraktionsfreunden mit seiner Rede keinen Beifall gefunden; aber das genügt nicht (Seitens links). Wir müssen als Regierungspartei von den Deutschnationalen eine Erklärung zu dieser Rede verlangen. Das sind wir uns selbst, dem Volke und den Staaten schuldig, mit denen wir durch Verträge gebunden sind (lebh. Beifall im Zentrum und links).

Der Redner befaßt sich dann kritisch mit dem Völkerbund, wobei er betont, daß seine Kritik im Gegenlatz zu der des deutschnationalen Redners den Zweck verfolge, beider zu wirken. Das Ziel der deutschen Außenpolitik sei der Friede zwischen Deutschland und den anderen Völkern.

Abg. Frhr. v. Rheinbaben (DDP.)

bezeichnet die Kritik in der gestrigen Rede des Abg. Dr. Breitshied in einzelnen Punkten als unzulässig. Die Rede des Abg. v. Freitagshorngoven sei problematisch gewesen. Ich kann mir nicht denken, so erklärt der Redner, daß die deutschnationalen Volkspartei als Ganzes die Thesen dieses Redners so hinnehmen kann. Meine politischen Freunde werden abwarten, ob ich dazu noch ein anderer deutschnationaler Redner äußert.

Die Zusammenfassung der letzten Regierung hat keineswegs zu einer Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen geführt. Es ist also eine parteipolitische Klopfflechterei, wenn behauptet wird, nur eine Regierung ohne deutschnationalen Beteiligung könne eine deutsch-französische Verständigung erzielen (Abg. Dr. Breitshied (Soz.)). Sie vertreten hier wohl die Deutschnationalen? Die französische Regierung will offenbar die Rheinlanddrängung nur gegen finanzielle Vorteile gewähren. Die Bilanz der bisherigen Locarno-Politik ergibt eine tiefe Enttäuschung. So lange die Rheinlandbesetzung fortdauert, gibt es keine Locarno-Politik und kann es keine Locarno-Politik geben. Wenn ebenso wie Poincaré auch der französische Sozialist Paul Breccor die Räumung von weiteren Sicherungen abhängt machen will, so muß er die nicht genügend klare Formulierung der Resolution aus, die auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Luxemburg unter Beteiligung deutscher Sozialdemokraten beschlossen wurde. (Widerpruch bei den Soz.). In der Abrüstungsfrage müssen wir Parität verlangen, nachdem wir selbst vollständig abgerüstet haben.

Der Redner begrüßt den deutschnationalen Schiedsgerichtsvertrag. Das deutsche Volk müsse seinen Blick nach Osten richten, dort sei eine Grenzrevision nicht zu vermeiden. Seine Partei erstrebe diese Revision auf freundschaftlichem Wege. Wichtig bleibe für Deutschland nach wie vor auch die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England. Von Italien erwarte er größeres Verständnis in seiner öffentlichen Meinung für die wahren Ziele deutscher Politik. Dann werde auch die süditalienische Frage anders ausfallen. Mit Befriedigung sei die zunehmende Weltung Deutschlands im Völkerbund zu begrüßen. Gegenüber paneuropäischen Plänen seien seine Freunde skeptisch. Die Interessen des Deutschlands von morgen würden allmählich sichtbar; im Westen Freiheit von Rhein und Saar, im Osten Grenzrevision und stabile Verhältnisse zwischen Deutschland und Polen, später der Anschluß Ostpreußens, dazu Deutschland in politischer und militärischer Gleichberechtigung eingebordnet in den großen Prozeß des friedlichen Neuaufbaus Europas.

Abg. v. Vindeiner-Wildau (Dnat.)

erklärt zu den Ausführungen des Abg. Illigla: Wir müssen uns das Recht vorbehalten, selbst zu bestimmen, wann und von wem wir in der Debatte Erklärungen abgeben lassen wollen. Nur um zu verhindern, daß durch die objektiv unrichtige Kritik des Abg. Illigla ein verzerrtes Bild im In- und Ausland entsteht, will ich im Namen meiner Fraktion dazu einige Ausführungen machen. Abg. Illigla hat in der Rede des Abg. v. Freitagshorngoven einen Verstoß gegen die auch von uns anerkannten Regierungsrichtlinien gesehen, die besagen: Verhandlungspolitik auf der Basis der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung, Anerkennung von Locarno und lokale Mitarbeit im Völkerbund. Mein Parteifreund hat vor einiger Zeit ganz klar unser Bekenntnis zur Verhandlungspolitik abgelegt.

Diese Feststellung soll unserem Redner aber nicht das Recht nehmen, über die Methoden der Verhandlungspolitik seine eigenen Anschauungen unter Umständen auch in kritischer Form zu vertreten. (Lachen links.) Abg. v. Freitagshorngoven hat nur die Zweifel, die der Außenminister an dem Verhandlungswillen des westlichen Nachbarn äußerte, in verklärter Form aufgenommen, so daß seine Ausführungen eine

wertvolle Ergänzung der Ausführungen des Ministers Rub (Lachen links und links: „Gott schüge ihn vor seinen Freunden!“) In den Richtlinien haben wir die Locarno-Politik und die Völkerbundmitgliedschaft anerkannt. Graf Belsars hat aber schon bei der Regierungsbildung erklärt, daß wir uns das Recht vorbehalten, an dem, was diesen beiden Vorgängen vorausgegangen ist, historische Kritik zu üben. Ich kann also nicht anerkennen, daß die Ausführungen des Abg. v. Freitagshorngoven gegen das gemeinsame Regierungsprogramm der derzeitigen Regierungskoalition verstoßen hätten. (Lachen links.)

Fran Dr. Bäumer (Dem.)

erklärt, der deutschnationalen Abg. v. Freitagshorngoven habe zwar gesagt, diese Regierung sei nur eine Arbeitsgemeinschaft, immerhin seien die Richtlinien nicht als unverbindliche Thesen gedacht gewesen, sondern hätten Gewicht eines Regierungsprogramms gehabt, für dessen Durchführung die Deutschnationalen sich mit verbürgt hätten. Die Opposition sei in der eigentümlichen Lage, ein aufrichtiger Anhänger der Richtlinien zu sein als ein Teil der Regierungsmehrheit. Es könne nicht geleugnet werden, daß nicht nur bei uns, sondern bei allen aufrichtigen Vertretern der Völkerbundsidee eine tiefe Enttäuschung über die Entwicklung der letzten Jahre herrsche, besonders hinsichtlich der Abrüstung. Die geschichtliche Aufgabe Deutschlands im Völkerbund liege darin, daß es als leugner Mitarbeiter nicht nur den Artikel 8, sondern auch auf allen anderen Gebieten die Idee und Mission des Völkerbundes und die neuen Methoden des Völkerverkehrs mit Nachdruck fördere und ausgestalte. Dazu bedürfe es allerdings auch auf unserer Seite, daß an dem Glauben an dem Völkerbund festgehalten werde. Nur wer loyal mitarbeite, werde etwas erreichen. Die Behauptung des deutschnationalen Redners, was der Völkerbund geleistet habe, hätte die Politik der Großmächte früher ohne Völkerbund auch vollbracht, sei falsch und gefährlich. Der Völkerbund bedürfe vor allem auch der geistigen Abstützung. Der nachdrücklichen Betonung der Anomalie zwischen Rheinlandbesetzung und Locarno-Vertrag durch den Außenminister schließe sich die Demokratie durchaus an. Wenn Briand neulich die Frage der Rheinlandräumung nicht als aktuell bezeichnet habe, so müßte betont werden, daß sie für uns keinen Augenblick aufhöre aktuell zu sein. Auch die Rinderbeiträge geböre in das Gebiet der geistigen Abstützung. Kulturpolitik solle nicht Train-, sondern Vorhuttrupp der Außenpolitik sein. Zum Schluß gibt die Rednerin der Hoffnung Ausdruck, daß sich in allen Völkern diejenigen Kräfte häufen, die der von Deutschland bisher vertretenen Friedenspolitik mächtige lokale Mitarbeiter zuführen.

Um 18 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 14 Uhr vertagt.

Freitagshorngoven-Illigla.

(Berlin. In der gestern im Reichstag aufgetretenen Kontroverse zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Freitagshorngoven und dem Zentrumsabgeordneten Illigla erklärte die „Tageszeitung“, daß die Form, in der Illigla von dem deutschnationalen Koalitionspartner „Erklärungen“ verlangte, allgemein als bewußte Bräutierung der Deutschnationalen habe empfunden werden müssen. Das Blatt sagt zum Schluß: Wir können uns dem Eindruck nicht mehr verschließen, als ob das Zentrum hinsichtlich der zur Zeit bestehenden Koalitionsverhältnisse nicht mehr guten Willens ist. Auch für die Deutschnationalen beginnt sich damit selbstverständlich das Verhältnis zur Koalition zu verschlechtern. Schon die Rücksicht auf ihre Anhänger im Lande macht es erforderlich, so oder so eine Reinigung der Atmosphäre herbeizuführen. Eine ruhigere Auffassung kommt in der „Deutschen Tageszeitung“ zum Ausdruck, die zwar an den Ausführungen Illiglas, sowohl was die Form als auch die Sache anbelangt, Kritik übt, jedoch nicht derartige Folgerungen zieht wie die „Tageszeitung“.

Die „Tagl. Rundschau“ bezeichnet zwar einen derartigen Konflikt innerhalb der Koalitionsparteien als zur Zeit außerordentlich unerwünscht, spricht aber davon, daß man den Zwischenfall als beigelegt betrachten könne. Ob aber Graf darüber wachen wird, so schreibt das Blatt weiter, ist bei dem gegenwärtigen Zustand der Koalition doch etwas zweifelhaft.

Auch die „Germania“ erklärt den Zwischenfall für erledigt, fügt jedoch hinzu, es wäre besser gewesen, wenn die Deutschnationalen einen anderen Redner hervorgebracht und damit das unerwünschte Zwischenpiel überhaupt vermieden hätten.

Der Koalitionszwischenfall erledigt?

(Berlin. Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat nach Schluß der gestrigen Plenarsitzung an einer Besprechung zusammen, die bis in die Abendstunden dauerte. Es wurde dabei jedoch nur der Berichtsbeirat beraten, der am Mittwoch den Haushaltsausschuß beschäftigen wird. Andere ursprünglich gleichfalls vorgelegte Verhandlungsgegenstände waren abgelegt worden.

Dagegen hat, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt, der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages sich mit dem in der gestrigen Plenarsitzung aufgetauchten Koalitionszwischenfall beschäftigt, der durch die vom Abgeordneten von Freitagshorngoven (Dn.) an der Außenpolitik geübte Kritik, die Antwort des Abgeordneten Illigla (Ztr.) hierauf und die bekannte nochmalige Erklärung der Deutschnationalen entstanden war. Der Vorstand der Zentrumsfraktion hielt, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, den Zwischenfall als erledigt an, nachdem in der Rede des Abgeordneten von Vindeiner-Wildau (Dn.), die nach den Bemerkungen der Abgeordneten Illigla (Ztr.) gehalten wurde, die Deutschnationalen erklärt haben, daß sie an den drei wichtigsten Punkten der Außenpolitik, Mitarbeit am Völkerbund, Locarno-Politik und insbesondere Verhandlung mit den westlichen Nachbarn, festhalten gewillt sind.

Von deutschnationaler Seite

wird dem Nachrichtenbüro des DDP, mitgeteilt, daß die deutschnationalen Volkspartei den Vorstoß des Zentrumsabgeordneten Illigla in der Dienstagdebatte des Reichstages zum Etat des Auswärtigen Amtes gegen den deutschnationalen Abg. Freiherrn von Freitagshorngoven als erledigt ansieht, nachdem ihr von führender Stelle des Zentrums mitgeteilt worden ist, daß der vom Abg. Illigla vorgebrachte Angriff den Absichten des Zentrums nicht entsprechen habe.